

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	22.09.2011
Gesundheitsausschuss	04.10.2011

Neue Sperrbezirksverordnungen im Kölner Süden ab dem 01.05.2011, Bericht für Mai 2011 hier: Anfrage von Herrn Helling in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011

Herr Helling bat in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011 um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel Ordnungspersonal wird zusätzlich eingesetzt?
2. An welchen Tagen und mit wie viel Personal sind das Gesundheitsamt und der SkF vor Ort?
3. Gibt es alternative Standorte für die Frauen in Meschenich?
4. Hat die Verwaltung eine verlässliche Finanzierung von der Beratungsstelle Vision geprüft, damit diese ihre Arbeit kontinuierlich fortsetzen kann?
5. Hat die Verwaltung die zulässige Vergnügungssteuer eingefordert?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1.)

Der reguläre Dienstplan des Ordnungsdienstes für die Aufgabe "Überwachung des Prostitutionsgeschehens" für das gesamte Stadtgebiet beinhaltet in der Zeit von 8.00 bis 2.00 Uhr zwei Schichten mit insgesamt zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern. Zum 01.05.2011 wurde der Dienstplan des Ordnungsdienstes geändert, um die Überwachung im erweiterten Sperrbezirk zeitlich und personell zu erhöhen. Es wurde ein 3-Schicht-Betrieb eingeführt. Hierfür wurde Personal aus den Dienstgruppen Gaststätte/ Gewerbe herangezogen. Da die neue Sperrbezirksverordnung gut angenommen wurde, konnte ab dem 01.06.2011 wieder der normale Dienstplan eingeführt werden. Mit dem Personal werden die 24-Stunden Sperrbezirke Innenstadt, Höningen und Meschenich sowie der temporäre Sperrbezirk im Kölner Süden überwacht. Des Weiteren wird das Verrichtungsgelände Geestemünder Straße betreut.

Zu 2.)

Die Beratungsstelle zu STD einschließlich Aids führt mindestens einmal im Monat aufsuchende Arbeit (Streetwork) im Kölner Süden durch und bietet vor Ort Information an. An diesen Einsätzen nimmt ehrenamtlich eine bulgarisch-sprachige Mitarbeiterin von AGISRA teil.

Der SkF ist mittwochs und freitags jeweils drei Stunden mit zwei Fachkräften in Meschenich präsent. Das Amt für Soziales und Senioren übernimmt dafür die Personalkosten für eine 0,5 Stelle Sozialarbeit.

Zu 3.)

Der Stadtteil Meschenich liegt im 24-Stunden Sperrbezirk. Die drogenabhängigen Frauen aus Meschenich haben im Kölner Süden ganztägig die Möglichkeit "Am Eifeltor" der Straßenprostitution

nachzugehen. Dort findet Prostitution mit und ohne Wohnwagen statt. Ein weiterer alternativer Standort liegt ab 20.00 Uhr im Bereich des temporären Sperrbezirkes, bspw. an der "Brühler Landstraße". Die Alternativen werden von den Frauen aus Meschenich allerdings nur vereinzelt genutzt.

Ein Grund ist die fehlende Mobilität der Frauen. Sie sind drogenabhängig und im Stadium einer fortgeschrittenen körperlichen Verelendung. Des Weiteren liegt es an der Wohnungssituation. Die Dealer leben in nächster Umgebung. Die Frauen gehen ohne vorausschauende Planung auf die Straße, um auf die Schnelle anzuschaffen und anschließend sofort den nächsten Schuss zu kaufen und zu setzen. In dieser Konstellation ist Prostitution ein reines Momentgeschäft.

Das Verrichtungsgelände auf der Geestemünder Straße ist den Frauen trotz Fahrangeboten zu weit entfernt. Neben dem Beratungsangebot des Vereins Vision e.V. ist der Sozialdienst katholischer Frauen mit einem Beratungsangebot für die drogenabhängigen Prostituierten 3 bis 4 mal in der Woche in Meschenich präsent. Dieses Angebot wird im Umfang einer halben Stelle von der Stadt Köln finanziert. Im Rahmen eines Beratungsgesprächs wird den Frauen auch eine Fahrt zur Geestemünder Straße angeboten. Diese Angebote werden auch bei Angebot des Rücktransports regelmäßig ausgeschlagen.

Auch der Weg zu den nahegelegenen Straßen "Am Eifeltor" oder ab 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr zur Brühler Landstraße ist den Frauen häufig zu weit. Zudem können sich die Frauen dort gegen die gewerblichen Prostituierten kaum durchsetzen.

Die Frage nach Alternativen wird verwaltungsintern weiter geprüft. Die Frage eines alternativen Standortes wird von einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe geklärt. Zur Frage der weiteren Entwicklung von Handlungsoptionen für die notwendige gesundheitliche und soziale Unterstützung finden aktuell die Bedarfserhebung (rapid assessment) sowie eine Abstimmung mit allen Beteiligten statt.

Zu 4.)

Die Finanzierung der Drogenanlaufstelle ist bis Ende des Jahres 2011 gesichert. Zur dauerhaften Sicherung des Angebotes über 2011 hinaus wurde die Finanzierung in die Haushaltsberatung 2012 aufgenommen.

Zu 5.)

Die Beantwortung erfolgte bereits in der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.07.2011.

gez. Reker